

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/02/2025

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 24.02.2025,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn öffentlicher Teil 19:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung 21:21 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Stadtverordnete/r

Frau Carola Behr
Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhard Bertram
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Jannik Gasde
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Frau Inga Jensen-Buchholz
Herr Marten Koop
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Arthur Klaus Korte
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Herr Tim Schoon
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Lasse Thieme
Frau Sophie von Hülsen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus
Frau Emma Bley
Frau Anne-Marie van Oosterum-Arnu

Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Herr Stephan Lentz
Frau Tanja Eicher
Herr Peter Kania
Frau Sabrina-Nadine Blossey
Frau Peggy Ehrig
Sonja Manthey

Bürgermeister
FBL I
FBL II
FBL III
FBL IV
FDL I.1
Protokollführerin
Auszubildende

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Thomas Bellizzi
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Ulrike Kraus
Frau Karen Schmick

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/01/2025 vom 27.01.2025
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht
 - 6.2.2. Bekanntgabe der vorl. Wahlergebnisse
7. Antrag der FDP-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen **AN/009/2025**
8. Änderung der Parkgebührenverordnung **2025/012**
9. 1. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer **2025/008**
10. Erlass der Haushaltssatzung 2025 **2024/085/1**
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2025
- 10.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Stellenplan 2025 **AN/032/2025**
- 10.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan Haushaltsplanung 2025 **AN/022/2025**
11. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 **2024/105/1**
 - 11.1. Änderungsantrag Bündnis 90_Die Grünen zur **AN/031/2025**
Geschwindigkeitsanzeige Starweg
 - 11.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2025 **AN/030/2025**
 - 11.3. Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung des **AN/034/2025**
Gewerbsteuerhebesatzes

12. Monitoring Städtebauförderung
Verfahrensstand der Gesamtmaßnahme
Innenstadt/Schlossbereich im Programmsegment der Bund-
Länder-Städtebauförderung "Lebendige Zentren" (Stand:
Januar 2025) **2025/003**
13. Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen oder
ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO für das
Jahr 2024 **2025/010**
14. 2. Änderungsantrag zum Antrag für die Erstellung einer
Grundlagenermittlung durch die Stadtwerke Ahrensburg
GmbH bezüglich der zukünftigen Nutzung mitteltiefer
Geothermie für eine Nahwärmeversorgung von Vorrang- und
Prüfgebieten in Ahrensburg **AN/059/2024**

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Stukenberg begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach grundsätzlich keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind.

Der Bürgermeister gratuliert den Jubilaren.

Bürgermeister Stukenberg gedenkt Herrn Rudolf Beyrich, der von 1986 bis 2008 Stadtverordneter war. Er habe mehrere Jahre den Hauptausschuss geleitet und 10 Jahre lang den Fraktionsvorsitz der CDU wahrgenommen.

Bürgermeister Stukenberg bittet alle, sich für den verstorbenen, ehemaligen Stadtverordneten, Herrn Rudolf Beyrich, für eine Trauerminute zu erheben.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit 27 Stadtverordneten fest. Vier Stadtverordnete fehlen entschuldigt.

3. **Einwohnerfragestunde**

Bürgermeister Boege führt aus, dass Herr Harald Dzubilla Fragen für die heutige Stadtverordnetenversammlung eingereicht hat. Die Fragen konnten noch nicht umfänglich beantwortet werden. Die Antworten werden Herrn Dzubilla nach der Fertigstellung schriftlich zugesandt und dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Es werden keine Fragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die CDU-Fraktion zieht den Antrag AN/059/2024 „2. Änderungsantrag zum Antrag für die Erstellung einer Grundlagenermittlung durch die Stadtwerke Ahrensburg GmbH bezüglich der zukünftigen Nutzung mitteltiefer Geothermie für eine Nahwärmeversorgung von Vorrang- und Prüfgebieten in Ahrensburg“ zurück. Somit entfällt der Tagesordnungspunkt 14.

Die FDP-Fraktion zieht den Antrag AN/009/2025 „Antrag der FDP-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen“ zurück. Somit entfällt der Tagesordnungspunkt 7.

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 15 „Grundstücksangelegenheit“ in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 11.02.2025 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/01/2025 vom 27.01.2025

Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/01/2025 vom 27.01.2025 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht. Der Finanzbericht Nr. 04/2025 ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

6.2.2. Bekanntgabe der vorl. Wahlergebnisse

Bürgermeister Boege verliest die vorläufigen Wahlergebnisse und betont die hohe Wahlbeteiligung in Ahrensburg. Die vorläufigen Wahlergebnisse sind dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

7. Antrag der FDP-Fraktion zur Umbesetzung von Ausschüssen

--- abgesetzt ---

Siehe Tagesordnungspunkt 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

8. Änderung der Parkgebührenverordnung

Stadtverordneter Kubczigk von der SPD-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er erklärt, dass der Bau- und Planungsausschuss den Antrag AN/012/2025 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit einer leichten Änderung mehrheitlich beschieden habe. Die heutige Vorlage dazu, welche die entsprechende Satzungsänderung vornimmt beinhaltet die Änderung, dass die Tagesparkgebühr für den provisorischen Parkplatz jetzt 4,00€ statt 3,60€ (wie im Antrag) beträgt.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion erläutert, dass die SPD-Fraktion dem Antrag im Bau- und Planungsausschuss nicht zugestimmt habe und der Vorlage zur Änderung der Parkgebührenverordnung auch heute nicht zustimmen werde. Er sagt, dass die Erhöhung der Parkgebühren im Rahmen der Haushaltsdebatte eine nachvollziehbare Fragestellung sei. In der gleichen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses habe man die Debatte geführt, wie man mit der Parkplatzsituation in Ahrensburg umgehe und vor welchen Herausforderungen man stehe. Auch habe man darüber beraten, wie man mit den Sorgen und Nöten der Gewerbetreibenden, insbesondere im Innenstadtgebiet umgehe. Zudem sei die besorgniserregende Situation der Städtebauförderung in dieser Sitzung Thema gewesen. In diesem Gesamtkontext erschien es der SPD-Fraktion als ein zu hartes Signal an die Gewerbetreibenden nun auch noch die Parkgebühren in diesem Ausmaß zu erhöhen.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion merkt an, dass die FDP-Fraktion der Erhöhung der Parkgebühren ebenfalls nicht zustimmen werde und stimmt Stadtverordnetem Randschau zu. Er ergänzt, dass der provisorische Parkplatz (120 Parkplätze) Mitte des Jahres zurückgebaut werde und es dadurch zu einer verkehrsverstärkten Situation in Ahrensburg kommen wird. In dieser angespannten Situation hält FDP-Fraktion eine Erhöhung der Parkgebühren nicht für angebracht.

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion gibt an, dass die CDU-Fraktion der Erhöhung zustimmen werde. Er merkt an, dass es um eine Erhöhung von 0,40€ gehe. Derzeit zahle man 0,60€ für die erste Stunde und zukünftig dann 1,00€. Natürlich möge niemand die Bürger:innen belasten wollen, aber diese Erhöhung sei wirklich notwendig. Es werde immer wieder kritisiert, dass das Parken in der Innenstadt zu günstig sei. Nach Meinung der CDU-Fraktion sei es ein notwendiger Schritt in der desolaten Haushaltslage.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN führt aus, dass seine Fraktion sich die Erhöhung der Parkgebühren wünsche, damit man nicht direkt Steuern erhöhen müsse. Zuerst sollte man immer erst die Gebühren anpassen bevor man Steuererhöhungen vornehme. Zudem seien die Parkgebühren, mit dieser Erhöhung, nicht teurer als jene, umliegender Gemeinden und Städte. Vielmehr seien die Parkgebühren in Ahrensburg aktuell günstiger als im Umland. Hiermit belaste man alle

Bürger:innen gleichermaßen und nicht nur Einzelne, wie z.B. bei der Hundesteuer. Eine Erhöhung führe zu einer Mehreinnahme für den Haushalt und man könne damit dafür sorgen, dass der Suchverkehr nach den günstigsten Parkplätzen unterbunden wird, weil alle Parkplätze die gleiche Gebühr hätten. Der Umfang der Erhöhung sei zudem sehr angemessen.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion ist überrascht. Er erklärt, dass die WAB-Fraktion Antragsteller für die Regelung zur Freistellung von Lastenfahrrädern war. Diese sei mehrheitlich angenommen worden. Jedoch wurde der Text des Beschlusses in der Vorlage geändert. Nunmehr läge der Text vor, dass Lastenfahrräder laut der Vorlage die Einhaltung der Höchstparkdauer durch Parkscheibe nachzuweisen hätten. Dies sei seiner Meinung nach ein Schildbürgerstreich, weil man Parkscheiben an Lastenfahrrädern nicht sicher befestigen könne.

Er beantragt, den vorgenannten Satz zu streichen und den Text im Sachverhalt unter Punkt 3 auf den Satz 1 zu reduzieren. Die Sätze 2 und 3 seien zu streichen.

Bürgermeister Stukenberg bitte um die Verschriftlichung des Antrages. Stadtverordneter Dr. Steuer verschriftlicht den Antrag. Er merkt an, dass er sehr überrascht ist, dass derartige Änderungen vorgenommen wurden ohne mit den Antragstellern oder dem Ausschussvorsitzenden zu reden. Diese Änderung sei nicht abgestimmt und es gäbe hierzu eine eindeutige Beschlusslage. An diese sollte sich die Verwaltung gebunden fühlen.

Bürgermeister Stukenberg verliest den schriftlich vorliegenden Antrag von Stadtverordnetem Dr. Steuer von der WAB-Fraktion.

Änderungsantrag der WAB-Fraktion:
Im Sachverhalt unter Punkt 3 bleibt nur der erste Satz.

Bürgermeister Stukenberg merkt an, dass mit diesem Antrag der Sachverhalt geändert werde. Dementsprechend müsse auch die Anlage (6. Änderung der Parkgebührenverordnung) geändert werden.

Er verliest den Punkt 3 des Sachverhaltes aus der vorliegenden Vorlage und erläutert, dass folgender Satz erhalten bleiben soll: „Entsprechend des im BPA beschlossenen Änderungsantrages ist die Nutzung von bewirtschafteten Parkflächen durch Lastenräder gebührenfrei zu stellen.“ Folgender Wortlaut solle entfallen: „Entsprechend wurde der § 1 Abs. 4 der Parkgebührenverordnung um den letzten Satz ergänzt mit der Folge, dass für Lastenräder dieselben Regeln gelten wie für Elektrofahrzeuge. Die Einhaltung der Höchstparkdauer ist durch Parkscheibe nachzuweisen.“

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er merkt an, dass es formal nicht der richtige Beschluss sei, den man fassen müsse, wenn man jetzt beschließt, den Sachverhalt der Vorlage zu ändern. Man müsse direkt einen Beschluss über die Änderung der Anlage 2 (der 6. Änderung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg – Parkgebührenverordnung - vom 25.06.2012) beschließen. Wenn man jetzt nur die Änderung des Sachverhaltes beschließen würde, würde man keinen

rechtsverbindlichen Beschluss erhalten, welchen man brauche.

Er schlägt folgende Änderungen vor:

Der Artikel 1 Abs. 4 müsse entsprechend geändert werden. Hier müsse man den letzten Satz: „Gleiches gilt für Lastenfahrräder“ streichen.

Weiterhin müsse der Parkgebührenverordnung hinzugefügt werden: „Lastenfahrräder sind gebührenfrei und die Pflicht zur Verwendung einer Parkscheibe entfällt“.

Bürgermeister Boege schlägt vor, die Vorlage für heute zurückzuziehen und den Beschluss formal neu aufzuarbeiten, damit man im Zweifelsfall hier die Änderung der Satzung nicht formal korrekt beschließe. Dies sei der sichere Weg und er bittet um Verständnis. Die Motivation war hier sehr schnell den Antrag in Satzungsrecht umzusetzen und er war selbst überrascht, dass die Vorlage hierzu so schnell erarbeitet werden konnte.

Bürgervorsteher Stukenberg wendet ein, dass man in diesem Falle den Haushalt in der heutigen Sitzung nicht beschließen könne, weil es sich um einen Antrag zum Haushalt handle. Er beraumt um 19:52 Uhr eine Sitzungsunterbrechung ein.

Während der Sitzungsunterbrechung weist Bürgervorsteher Stukenberg auf gegebenen Anlass darauf hin, dass auch bei Sitzungsunterbrechungen die Aufnahme von Bild- und Tonaufnahmen im Sitzungssaal zu unterlassen sind. Er bittet darum, eventuell angefertigte Fotos wieder zu löschen, weil diese unrechtmäßig gemacht worden sind.

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird um 19:57 Uhr fortgeführt.

Bürgervorsteher Stukenberg gibt an, dass ihm ein Kompromiss vorläge und dankt allen für die konstruktive Verbesserung. Er verliest den folgenden Änderungsantrag:

Der Bürgermeister beantragt:

Die Anlage 2 wird wie folgt geändert: Der letzte Satz in § 1 Abs. 4 („Gleiches gilt für Lastenfahrräder“) wird gestrichen.

Es wird ein neuer Absatz 5 hinzugefügt: Lastenfahrräder parken gebührenfrei.

Dies sei nunmehr der Wortlaut des Änderungsantrages. Stadtverordneter Dr. Steuer stimmt zu. Es ergeben sich keine weiteren Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg lässt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
/	dagegen
2	Enthaltung(en)

Danach verliest Bürgervorsteher Stukenberg den Beschlussvorschlag über

den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

20	dafür
7	dagegen
/	Enthaltung(en)

9. 1. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er berichtet, dass es sich jeweils um eine Erhöhung von 40 € handelt und der Finanzausschuss dieser Erhöhung mehrheitlich zustimmt habe. Anschließend erläutert er, dass die FDP-Fraktion dagegen gestimmt habe, weil sie der Meinung seien, dass man darauf achten müsse, die Bürger nicht zu überlasten. Es gehe dabei um die allgemeine Kostenentwicklung, wie zum Beispiel Strom und Wasser aber auch Tierarztkosten, die die Haushalte durch die ansteigenden Preise sehr belasten. Dazu kommen noch die Kostensteigerungen in Bereichen, die die Stadtvertretung selber beschlossen hat (z.B. in Teilbereichen der Grundsteuer, Straßenreinigungsgebühren, die Beiträge der Eltern für die OGS und die Parkgebühren). Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion betont, dass sie gegen die Vorlage stimmen werden, weil sie Familien mit Familienhunden entlasten wollen.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der als **Anlage 1** beigefügten 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
2	dagegen
/	Enthaltung(en)

**10. Erlass der Haushaltssatzung 2025
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2025**

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass man die Vorlage 2024/085 im Hauptausschuss beraten habe und dort mehrheitlich einige Stellen weggefallen seien. Daraufhin ist die Vorlage 2024/085/1 entstanden und es sei das ordnungsgemäß umgesetzt worden, was im Hauptausschuss beschlossen wurde. Der Vorlage 2024/085/1 wurde im Hauptausschuss mit 6 Ja-Stimmen und einer 1 Nein-Stimme (von der FDP) zugestimmt.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion schließt seinem Sachvortrag einen Wortbeitrag an. Im Namen der CDU-Fraktion möchte er anmerken, dass manchmal die Stellenbeschreibungen nicht überzeugt hätten. Dies hieße jedoch keineswegs, dass die Stellenbeschreibungen schlecht waren. Bei manchen Stellen sähe man die Notwendigkeit auch einfach zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Das Saldo in der 2024/085/1 von 3,88 wirke im Vergleich zum Saldo von 12,16 aus der 2024/085, als hätte man viel zusammengestrichen. Dies sei jedoch nicht so. Es waren zwei Stellen dabei, welche nicht als neu dargestellt wurden und die Stellen der VHS (3,5 Stellen) seien automatisch weggefallen. Man werde auch keine Stellen aus finanziellen Gründen streichen. Dies halte man nicht für sinnvoll. Man wolle Stellen erhalten, welche für die Bürger:innen und die Verwaltung sinnvoll sind.

Im Weiteren geht er auf Stellen ein, welche schon lange unbesetzt sind. Hier möchte er ausdrücklich sagen, dass das nicht die Schuld der Verwaltung sei. Er ist der Meinung, dass die Verwaltung – was die Stellen und alles damit Verbundene angeht – einen exzellenten Job mache. Es habe andere Gründe, warum diese Stellen lange unbesetzt bleiben. Man könne froh sein, wenn man überhaupt geeignete Bewerbungen erhalte. Lieber sollte man die Bewerber ablehnen, die nicht passen, als einfach nur die Stellen zu besetzen. Andere Städte wie z.B. Hamburg hätten ggf. andere Möglichkeiten wie beispielsweise bessere Bezahlung oder Beförderungsmöglichkeiten. Man stelle auch immer wieder fest, dass Stellen besetzt werden und nach nur kurzer Zeit bereits wieder vakant sind. Seiner persönlichen Meinung nach werde man nie dahinkommen, dass man keine offene Stelle mehr habe. Er lobt die Verwaltung, dass diese versuche so viele Stellen wie möglich zu besetzen.

Er kritisiert, dass man Stellen gestrichen habe und die Summe der Personalaufwendungen in der Vorlage 224/085/1 nicht entsprechend angepasst habe. Die CDU-Fraktion werde dem Stellenplan zustimmen.

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert, dass jetzt zunächst die vorliegenden Änderungsanträge vorgestellt werden und man anschließend mit der allgemeinen Aussprache fortfährt.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt den Antrag AN/032/2025 vor. Anschließend stellt Stadtverordneter Siller von der CDU-Fraktion den Antrag AN/022/2025 vor.

Im Rahmen der Aussprache teilt Stadtverordnete Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit, dass die Verwaltung im letzten Jahr so viele Mitarbeiter:innen gewinnen konnte, wie noch nie, und dementsprechend auch so viele Besetzungsverfahren durchgeführt habe wie noch nie. Hierunter auch besonders wichtige Stellen wie beispielsweise die Fachbereichsleitungen II, IV und die Fachdienstleitung im Tiefbau.

Sie geht auch darauf ein, dass die Arbeit des Personalamtes und des Personalmanagers im Hauptausschuss ausführlich vorgestellt wurde. Ihrer Meinung nach werde hier wirklich sehr professionell gearbeitet.

Sie gibt an, dass es weiterhin genehmigte Stellen ohne vorliegende Stellenbeschreibung gibt. Beispielsweise sei die Stelle der Fachdienstleitung „Umwelt“ bereits seit 3 Jahren unbesetzt und es gäbe nach wie vor keine Stellenbeschreibung. Da frage sie sich, wie wichtig der Verwaltung das Thema „Umwelt“ sei. Sie wünscht sich, dass man hier schneller wird und sich die Verwaltung darüber Gedanken mache, wie sie den Umweltbereich zukünftig aufstellen möchte, damit auch neue Stellen wie z.B. für das Klimaanpassungsmanagement (welche nunmehr zunächst abgelehnt wurde) auch integriert werden können - mit einer entsprechenden Führungskompetenz. Im Fazit merkt sie an, dass ihre Fraktion zwar die zwei Stellen (für das Klimaanpassungsmanagement und den Klimaschutz) nicht durchbekommen habe, aber dem Stellenplan dennoch zustimmen werde, weil es einfach so viele Stellen gäbe, die absolut wichtig für die Fraktion und die Verwaltung seien.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion spricht die „digitale Dividende“ an. Er geht darauf ein, dass die Zahl der Arbeitnehmer im Markt nicht größer werde und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in einem Arbeitnehmermarkt auch eher abnehme, weil die private Wirtschaft in der Lage sei deutlich schneller zu agieren und attraktivere Angebote zu machen (z.B. höhere Gehälter, Firmenwagen etc.). Dieses Problem könne man nicht aussitzen. Man habe immer gesagt, dass man irgendwann dahin kommen müsse, dass man eigentlich keine Mitarbeiter mehr brauche, weil man die Digitalisierung so gut vorangetrieben hat, dass man tatsächlich diese Arbeiten, welche aktuell noch viel Arbeitskraft benötigen, durch Routinen ersetzen könne. Für sein Gefühl erkennt er bei der Digitalisierung im Moment zu wenig Fortschritt, denn jedes Jahr werden im Schnitt 8-12 Stellen beantragt und viele Aufgaben davon seien Routinetätigkeiten (z.B. im Bereich Soziale Hilfen und Wohngeld). Bei der Digitalisierung höre man, seiner Meinung nach, eher Durchhalteparolen und sehe keine großen Fortschritte. Er weist daraufhin, dass man hier deutlich mehr Tempo aufnehmen sollte, damit zukünftig weniger Personal notwendig werde.

Herr Bollmann (PR) möchte zu der Stelle 10 im Stellenplan (Büroassistenz Personalrat) anmerken, dass gemäß § 34 Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein (MBG S.-H.) dem Personalrat Büropersonal zur Verfügung zu stellen

ist.

Vor der Beschlussfassung über den Stellenplan lässt Bürgervorsteher Stukenberg über die Anträge dazu (siehe 10.1 und 10.2.) abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 wird in der beigefügten Ausfertigung (**Anlagen 1 bis 5**) inkl. der zuvor beschlossenen Ergänzungen beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 wird in der beigefügten Ausfertigung beschlossen (**Anlagen 1 bis 5**).

Abstimmungsergebnis:

20	dafür
2	dagegen
5	Enthaltung(en)

10.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90_Die Grünen zum Stellenplan 2025

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt den Antrag AN/032/2025 vor. Sie erläutert, dass ihre Fraktion in diesem Jahr einen sehr ungewöhnlichen Schritt gegangen sei, indem man eine Stelle neu beantrage, welche bereits im Hauptausschuss abgelehnt wurde. Dies habe sie an dieser Stelle sehr bewusst gemacht.

Für sie gibt es eine sehr schlechte Nachricht zum Stellenplan, und zwar, dass Stellen, die in den letzten zwei Jahren beschlossen worden sind, nicht ausgeschrieben werden konnten, weil jemand im Recruiting fehle. Man habe Fluktuation durch den bekannten Arbeitsmarkt, welcher in den letzten Jahren zu einem Arbeitnehmermarkt geworden sei.

Dies bedeute, dass sich heutzutage die Arbeitnehmer die Arbeit aussuchen und nicht mehr umgekehrt.

Sie mahnt hier dringenden Bedarf für die Stelle im Recruiting an. Dies sei nicht nur für die Gewinnung von neuen Mitarbeitern wichtig, sondern auch, weil man sich zukünftig der Mitarbeiterzufriedenheit widmen müsse. Diesem Punkt habe man sich zwar durch Bonuszahlungen, HVV-Zuschuss und Sportangeboten angenommen, aber man habe sich noch nicht der Zufriedenheit der Rathausmitarbeiter gewidmet. Sie bittet die Stadtverordneten sich hier nochmal über die Stelle Gedanken zu machen und dem Antrag zu folgen, damit beschlossene Stellen auch tatsächlich besetzt werden können.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion spricht im Rahmen der Aussprache zum vorliegenden Antrag. Er erzählt, dass die Stelle im Hauptausschuss mit einer knappen Mehrheit von 4 zu 3 gestrichen wurde. Hier hatten die Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und WAB dafür gestimmt. Er erklärt, dass sich die CDU-Fraktion hierzu nachträglich nochmal beraten habe mit dem Ergebnis, dass man keine Hemmnisse aufbauen wolle, dass offene Stellen nicht besetzt werden können. Mit der Hoffnung, dass die offenen Stellen zukünftig schneller ausgeschrieben werden können und man dadurch mehr Personal gewinnt, werde die CDU-Fraktion dem Antrag heute zustimmen.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, weil man der Meinung sei, dass einfach noch zu viele Stellen offen seien.

Bürgervorsteher Stukenberg übergibt das Wort an Herrn Bollmann (PR) und merkt an, dass dieser sein Amt in naher Zukunft ablegen werde. Herr Bollmann (PR) stimmt Bürgervorsteher Stukenberg zu und gibt an, dass er sei Amt als Personalratsvorsitzender mit Ablauf des 28.02.2025 niederlege.

Herr Bollmann (PR) nimmt sein Rederecht wahr und spricht zur Stelle 44 Recruiting. Er sei sehr dankbar über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und über die Unterstützung der CDU-Fraktion. Er führt aus,

dass der Personalmanager in einem unglaublichem Tempo Bewerbungsverfahren durchführe. Im Jahr 2024 seien dies über 50 Auswahlverfahren und damit verbunden mindestens 120 Bewerbungsgespräche gewesen. Diese Auswahlverfahren würden sehr viel Zeit bündeln und seien nur ein Teil der Aufgaben entsprechend seiner Stellenbeschreibung. Zum Rest komme er gar nicht. Mit der Besetzung einer weiteren Stelle im Recruiting soll der Bewerbungsmanager unterstützt werden, damit dieser zukünftig auch Themen wie On- und Offboarding sowie konzeptionelle Arbeiten wahrnehmen kann.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/032/2025 über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

20	dafür
7	dagegen
/	Enthaltung(en)

10.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan Haushaltsplanung 2025

Stadtverordneter Siller von der CDU-Fraktion stellt den Antrag AN/022/2025 für eine Stelle im FD Finanzen für die Finanzmittelbeschaffung vor. Hierbei gehe es vor allem darum, Fördermittel ausreichend einzuwerben. Hier sieht die CDU-Fraktion einen hohen Bedarf, insbesondere aufgrund der hohen, geplanten Investitionen in den nächsten Jahren. Man sehe in der Besetzung einer solchen Stelle Möglichkeiten, zu einer besseren Haushaltslage bzw. Finanzmittelbeschaffung zu gelangen.

Dies sei kein neues Thema, sondern die Stelle gab es bereits in der Vergangenheit und diese wurde dann nicht ausgeschrieben und seitens der Verwaltung wieder aus dem Stellenplan herausgenommen. Die CDU-Fraktion bittet darum die Stelle wiederaufzunehmen.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion erläutert zum Antrag der CDU-Fraktion, dass man vom Prinzip her verstehe, was gewollt sei. Er würde dem jedoch nicht zustimmen, weil man zunächst abwarten sollte wie sich der FD Finanzen in nächster Zeit entwickle, weil hier kürzlich zwei Stellen neu besetzt werden konnten. Er habe die Sorge, dass man auf so einer Stelle mit einer neuen Person, welche die vorhandenen Systeme nicht versteht (z.B. das Verfahren zur Liquiditätsplanung) bereits von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. Die WAB-Fraktion sieht die Pflicht bei der städtischen Kämmerin sich dahingehend schlau zu machen und zu entscheiden, ob für die Finanzmittelbeschaffung im nächsten Jahr eine weitere Stelle gebraucht werde.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/022/2025 über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

17	dafür
10	dagegen
/	Enthaltung(en)

11. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert das Vorgehen zur Abstimmung. Zunächst wird Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion einen Sachvortrag halten und anschließend sollen der vorliegende Antrag zum Haushalt sowie der dazugehörige Änderungsantrag eingebracht werden. Im Anschluss soll eine allgemeine Aussprache erfolgen.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass man heute über den Haushaltsplan 2025 abstimmen werde – später als in den vergangenen Jahren. Dies sei eine sehr zentrale Aufgabenstellung für die Stadtverordneten. Der Haushalt wurde seitens der Verwaltung optimiert und von einem realistischen Planungsprozess geprägt. Hierfür bedankt er sich. Hierbei hätten sicherlich auch die Erfahrungen und Ermahnungen des Innenministeriums zur Einhaltung der geplanten Investitionsquote, von mindestens 60%, als Weckruf gedient. Den planenden Einheiten wurde hierdurch nochmals eindringlich verdeutlicht, dass man das machbare und nicht das wünschenswerte planen solle. Dies beziehe sich insbesondere auf die Investitionen, aber auch auf die Anwendungen. Er spricht allen Beteiligten einen besonderen Dank, insbesondere der Kämmerin, für Ihre gute Arbeit aus.

Im Vorjahr (2024) wurde im ersten Entwurf ein negativer Haushalt mit einem Defizit i.H.v. 15,1 Mio. Euro vorgelegt. Durch interfraktionelles Handeln konnten gemeinsam mit der Verwaltung Vorschläge unterbreitet werden, die zu einer Verminderung des Defizites geführt haben. Im Ergebnis hatte man dann einen negativen Haushalt i.H.v. 7,8 Mio. Euro.

Auch in diesem Jahr sah der Haushalt im ersten Entwurf ein Defizit i.H.v. 5,8 Mio. Euro vor. Durch diverse Änderungen aus den Ausschüssen und aktualisierten Bescheiden aus der FAG-Umlage - von Kreis und Land - konnten ca. 2,1 Mio. Euro vermindert werden. Heute soll final über einen negativen Haushalt i.H.v. 3,7 Mio. Euro entschieden werden. Aufgrund der Verwendung einer Ausgleichsrücklage i.H.v. ebenfalls 3,7 Mio. Euro wird der Haushalt ausgeglichen sein.

Fakt bleibe jedoch, dass man derzeit mehr Ausgaben als Einnahmen habe. Dies sei eine Situation, die so nicht tragbar ist. Die strukturellen Probleme müsse man erkennen, analysieren und konstruktiv lösen. Auf der Ausgabenseite müsse man die gestiegenen Personalkosten und Sach- und Dienstleistungen in den Griff bekommen. Neue konsumtive Ausgaben sollten möglichst vermieden werden. Bei den Investitionen müsse priorisiert und nach ihrem Nutzen entschieden werden.

Bei den Einnahmen müsse man neue Wege beschreiten um diese marktwirtschaftlich zu stabilisieren und zu erhöhen. Dies muss bei der Gewerbesteuer durch weitere Ansiedlungen und Ausweisungen von weiteren Gewerbegebieten erfolgen. Weiterhin durch die Förderung der bereits angesiedelten Gewerbeunternehmen.

Im Weiteren geht Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion auf den Finanzplan ein. Hier seien nach den bisherigen Planungen für das Jahr 2025 Investitionen i.H.v. ca. 36 Mio. Euro geplant, in 2026 i.H.v. ca. 65 Mio. Euro und in 2027 i.H.v. ca. 43 Mio. Euro. Dies seien nur die bisherigen Planungen und es wird noch mehr hinzukommen. Für diese Investitionen müssen jeweils Kreditaufnahmen in identischer Größenordnung erfolgen, weil man keine Erträge habe. Diese Vorhaben müssen über Kredite umgesetzt werden und sie dienen insbesondere dem Schulbau, der Feuerwehr und weiteren Maßnahmen.

Die Kreditaufnahmen seien mit Zinsen und Tilgungen verbunden. Umso wichtiger bleibe die Konsolidierung des Haushaltes um die Kreditaufnahmen durch Erträge zu vermindern. Für die Finanzierungsfragen sei zudem geplant einen Finanzberater heranzuziehen. Bei diesen Größenordnungen an Investitionen sei eine professionelle Beratung in Gänze erforderlich.

Der Vorlage wurde im heutigen Finanzausschuss mehrheitlich zugestimmt (5 dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltung).

Stadtverordneter Bertram von der CDU-Fraktion bringt den Antrag AN/030/2025 ein und Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN den Antrag AN/031/2025. Anschließend erfolgt eine allgemeine Aussprache zum Haushalt und den Anträgen.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion sagt, dass er in diesem Haushalt Licht und Schatten erblicke. Zur „Lichtseite“ betont er, dass er sich darüber freut, dass man mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen 500.000€ für mögliche Auseinandersetzungen mit der Deutschen Bahn in den Haushalt reingenommen habe. Dadurch sei man in der Lage, sich nötigenfalls wirksam zur Wehr setzen zu können. Er bedankt sich ausdrücklich bei allen Fraktionen.

Nach wie vor würden in den Planungen der Deutschen Bahn viele Dinge stehen, die Grund zur Sorge geben (z.B. im Bereich des Tunneltals, der Auetalquerung oder Westbahnhofes). Es fehle beispielsweise noch ein Baustelleneinrichtungskonzept oder ein Verkehrskonzept während der Bauphase. Zudem seien auch bei der Brücke Brauner Hirsch noch manche Fragen zu klären.

Selbstverständlich hofft er darauf, dass dies nicht notwendig sein wird.

Es sei auch durchaus gelungen, in dem ein oder anderem, kleineren Rahmen, Akzente zu setzen und Einsparungen zu erreichen. Auch Korrekturen wurden vorgenommen, wo absehbar war, dass man sie in diesem Jahr gar nicht ausgeben könne.

Auf der „Schattenseite“ sieht er große Fragen nach wie vor nicht gelöst. Es seien Investitionen im Umfang von 35 Mio. Euro beschlossen worden und in der Perspektive wird dies noch auf ein Vielfaches anwachsen. Man erlebe, dass zum Beispiel Schulbaumaßnahmen in den Haushalt aufgenommen wurden ohne dass die Finanzierungsfragen geklärt sind. Dies bezeichnet er als „Kamikaze“. In der vorangegangenen Sitzung des Finanzausschusses habe man noch einmal diese Fragen aufgeworfen – das ganz wesentliche Finanzierungsfragen noch nicht geklärt sind und diese entscheidend seien.

Bei den 100%igen Kreditaufnahmen sollte man sich fragen, ob man sich diese leisten kann und was diese im Ergebnis kosten. Dies könne gut und gerne eine Verdopplung der Kosten bedeuten. Er stelle sich die Frage, worauf man zusteuert und was aus den ganzen anderen Maßnahmen wird, welche noch anstehen (z.B. Feuerwehrgerätehäuser, andere Schulbaumaßnahmen und die Infrastruktur).

In diesem Zusammenhang findet er es höchst problematisch zu beurteilen, da man nach wie vor über keine belastbare, mittelfristige Finanzplanung verfügt. Nach Meinung der SPD-Fraktion und deren überschlägigen Berechnungen werde man spätestens in 2028/2029 eine Höhe von ca. 200.000 Mio. Euro Schulden gesammelt haben. Bei einer solchen Schuldensumme hätte man die Stadt Wedel eingeholt, welche jetzt unter Zwangsmaßnahmen stehe. Dies würde bedeuten, dass keine weiteren Ausgaben und Maßnahmen mehr erfolgen können. Bevor man in diese Situation komme, sollte man dringend sehen, was man in der mittelfristigen Finanzplanung Stämmen kann und muss.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion möchte auch nochmal auf die Ausgleichsrücklage eingehen und erläutern, dass diese ein komfortables Mittel sei. Sie erlaube es, die positiven Ergebnisse der Vergangenheit mit den jetzigen, negativen Ergebnissen zu verrechnen. Die Verschuldung baue sich dadurch trotzdem auf – mit dem Unterschied, dass das Innenministerium es durchgehen lasse. Die Ausgleichsrücklage sei jedoch keine Haushaltskonsolidierung und keine Zukunftsperspektive. Mit Blick auf die nächste Generation Stadtverordnete, welche das „auslöffeln“ müsse sei das Ganze schon sehr grenzwertig.

Zur Einnahmesituation führt er aus, dass man immer vorgeworfen bekomme die Steuern erhöhen zu wollen. Dieser Vorwurf sei zutreffend und er spricht sich klar für Steuererhöhungen aus, sofern es nicht gelinge die Einnahmen zu verbessern. Um die Ausgaben zu kürzen fehle es oftmals an Mehrheiten und am politischen Willen. Dies könne er gut nachvollziehen, dann natürlich seien Schulen, Infrastruktur und die Feuerwehrgerätehäuser wichtig. Das funktioniere allerdings nur, wenn man umgekehrt in gleichem Maße die Einnahmesituation verbessere.

Zu diesem Zweck habe man heute einer kleinen Maßnahme zugestimmt, der Erhöhung der Hundesteuer. Eine ganz wesentliche, große Maßnahme, die Erhöhung der Gewerbesteuer, wurde kürzlich im Finanzausschuss abgelehnt, obwohl hier eine noch sehr moderate Erhöhung auf 390 Punkte beantragt wurde. Dies sei mit Blick auf Nachbargemeinden ein wirklich moderater Satz. Man hatte in Ahrensburg in der Vergangenheit immer eine Gewerbesteuer, welche im guten Mittelfeld angesiedelt war. Mittlerweile sei man mit 380 Punkten im Low-Budget-Bereich in Sachen Gewerbesteuerhebesatz angelangt.

Seiner Meinung nach wäre diese Erhöhung für den städtischen Haushalt und die perspektivische Haushaltslage dringend notwendig gewesen. Die Ablehnung der Erhöhung halte er für schlicht verantwortungslos. Er sagt man hätte hier die Chance gehabt, einen signifikanten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten, welcher sich schon in diesem Haushalt wirklich bemerkbar gemacht hätte – und konsequent in jedem Folgehaushalt.

Es müsse klar sein, dass man nur allein mit dem Bau der Heimgartenschule einen zweistelligen Betrag an Schuldendienst jedes Jahr zusätzlich ansammeln und produzieren wird. Wie dies gegenfinanziert werden soll, sei im Moment nicht absehbar.

Stattdessen seien in diesem Haushalt einige andere Maßnahmen zur Konsolidierung durchgeführt worden. Er benennt hier die Erhöhung der Kosten für die OGS, die Erhöhung der Hundesteuer und die Erhöhung der Parkgebühren. Diese Maßnahmen könne man für sich gesehen durchaus diskutieren, aber die SPD-Fraktion habe den Eindruck, dass hier eine gewisse Schieflage entstehe.

Bei dem vorliegenden Haushalt mit einem Defizit von 3,7 Mio. Euro sieht er weiterhin notwendigen Handlungsdruck zur Konsolidierung.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion stellt einen Antrag auf Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes. Der Antrag AN/034/2025 wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Stadtverordneter Siller von der CDU-Fraktion führt aus, dass der Haushalt 2025 die Stadt vor große Herausforderungen und wichtige Entscheidungen für die Zukunft stelle. Er sagt, dass sich die CDU-Fraktion dafür einsetze, dass Ahrensburg finanziell solide aufgestellt bleibt – ohne dabei die Zukunftsinvestitionen aus den Augen zu verlieren. Man müsse klare Prioritäten setzen. Solide Finanzen und ein nachhaltiger Haushalt seien ihr Ziel und man dürfe nicht auf Kosten künftiger Generationen wirtschaften. Investitionen in die Infrastruktur (hier bestehe dringender Aufholbedarf bei Straßen, Schulen, Kitas und auch die digitale Verwaltung müsse vorangebracht werden), Investitionen in Sicherheit und Ordnung (man brauche eine gut ausgestatte Feuerwehr und einen funktionierenden Katastrophenschutz) und die Stärkung der Wirtschaft (man müsse bestehende Unternehmen unterstützen, um Arbeitsplätze zu sichern und Gewerbesteuereinnahmen zu stabilisieren, und neue Gewerbebetriebe erfolgreich ansiedeln) seien ihre Ziele. Ein Gewerbeentwicklungskonzept soll für erhebliche Flächeneffizienz sorgen, beispielsweise durch Mehrfachansiedlungen auf einem Flurstück.

In den Ausführungen der SPD sehe er einen Widerspruch. Die SPD-Fraktion lehne auf der einen Seite die Erhöhung der Parkgebühren ab mit der Begründung, dem Einzelhandel und dem Gewerbe keine Nachteile zu verschaffen und beantrage gleichzeitig eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Für ihn persönlich passe dies nicht zusammen.

Er sagt, man müsse mit Augenmaß agieren und eine Steuererhöhung sei für die CDU-Fraktion die letzte Option. Man könne nicht in einer schwierigen Situation, wo Betriebe geschlossen und Mitarbeiter entlassen werden, eine Gewerbesteuererhöhung vornehmen. Man setze stattdessen auf Einsparungen und Effizienzsteigerungen. Er wendet sich an die Stadtverordneten, dass man gemeinsam einen Haushalt beschließen solle, der verantwortungsvoll und zukunftsorientiert ist. Er schließt seinen Wortbeitrag mit der Aussage, dass die CDU-Fraktion für Verlässlichkeit und wirtschaftlichen Sachverstand stehe und daher dem Haushalt zustimmen werde.

Stadtverordneter Thieme von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN empfindet den Haushalt durchaus als sehenswert. Angefangen habe man mit einem Haushaltsentwurf wo man mit den laufenden Ausgaben der Verwaltung im Minus war und jetzt sei man mit ca. 1 Mio. Euro im Plus. Diese Leistung hätten sich alle gemeinsam zuzuschreiben in dem man es geschafft habe, hauptsächlich auf Entgelte zu gehen. Es gab moderate Erhöhungen bei den Entgelten (OGS und Parkgebühren) und gleichzeitig habe man die Hundesteuer moderat auf einen Mindestsatz erhöht, welcher vom Innenministerium angeregt wurde. Gut nachvollziehbar sei auch, dass man die Grundsteuer aufgrund der versprochenen Transparenz nicht erhöht habe. Später müsse man sehen, ob dies Mal sein muss, aber dafür müsse sich dies im Haushalt auch erstmal so darstellen, dass es auch tatsächlich notwendig ist. Die Grundsteuer sei grundsätzlich die stärkste Belastung für alle Bürger:innen. Sie belaste alle, auch die, die finanziell am schwächsten sind, weil es sich auch direkt auf die Mieten auswirke. Man müsse entsprechend vorsichtig sein, aber man sehe schon mittelfristig (wenn man groß in Schulden gehen muss), dass man davor nicht zurückschrecken dürfe. Dies müsse man in den kommenden Jahren immer wieder neu diskutieren.

Er erläutert weiterhin, dass er persönlich eine Gewerbesteuererhöhung auf 390 Punkte sehr gut findet, weil man damit immer noch sehr moderat dastehen würde. Eine solche Erhöhung sollte jedoch erst erfolgen, wenn die Wirtschaft wieder im Aufschwung sei. Bis dahin solle man ganz klar abwarten, damit man der Wirtschaft eine entsprechende Erhöhung auch zumuten kann. In der aktuellen Lage sei dies definitiv nicht der Fall.

Er betont, dass es fatal und verantwortungslos wäre die Investition in die Heimgarten-Schule nicht zu beschließen und nicht in den Haushalt zu nehmen, weil das Ganze durchgeplant ist. Jetzt habe man einen Preis. Würde man das Ganze jetzt ablehnen, so würde man direkt wieder vor der Situation stehen, dass man die gesamte Planung von vorne beginnen müsste. Eine neue Planung würde im Endergebnis sicherlich zu wesentlich höheren Kosten als die jetzigen 120 Mio. Euro führen. Er prognostiziert eine Summe von über 200 Mio. Euro. Er meint, dass selbst wenn man bei der Finanzierung riesige Fehler machen würde, dies immer noch günstiger wäre, als das Ganze neu zu planen. Zudem ist er sich sicher, dass man solche Fehler bei der Finanzierung nicht machen werde. Er ist guter Dinge, dass der Beschluss, so wie man ihn jetzt fasse, der richtige sei.

Stadtverordnete Dullweber von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erläutert, dass ihre Fraktion dem Haushalt zustimmen wird. Sie möchte erläutern, warum man jedoch im Umweltausschuss dem Haushalt nicht zugestimmt habe. Im letzten Herbst/Winter sei beschlossen worden, dass es die Stelle Klimaanpassungsmanagement und ein Klimaanpassungskonzept geben soll. Hierfür stand eine bereits bewilligte 80%ige Förderung zur Verfügung und die Personalsuche stand kurz vorm Start. Im letzten Umweltausschuss gab es nunmehr eine Meinungsänderung seitens der CDU-Fraktion und andere waren bereits von Anfang an nicht dafür. Sie möchte darauf eingehen, was dies für Auswirkungen hat. Es würden der Stadt damit nicht nur Fördergelder in sechsstelliger Höhe entgehen, sondern es wurde auch viel Verschwendung von Kapazitäten in der Verwaltung betrieben. Klimaanpassungsmaßnahmen werden nunmehr „im Sande verlaufen“ und sie

werden der Stadt später in irgendeiner Form wiederbegegnen und dann zu 100% selbst finanziert werden müssen.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion möchte grundsätzlich Revue passieren lassen und sagt, dass der Prozess in den Ausschüssen und interfraktionellen Meetings in diesem Jahr ganz gut gewesen sei. Man müsse sagen, dass durch eine Vielzahl von Maßnahmen die Einnahmen um 800.000€ erhöht werden konnten. Wenn man dies im Verhältnis sehe zu dem, was man in den nächsten Jahren investieren möchte, werde man mit dieser Art von Konsolidierung nicht besonders weiterkommen. Es sei ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Er stimmt allen zu, die sagen, dass man auf dem Wege des geringsten Widerstandes keinen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten kann.

Zum Argument, dass es den Bürger:innen so schlecht gehe und diese ohnehin so hohe Kosten haben argumentiert er, dass niemand gern mehr bezahlt und dies jedem so gehe. Es sei nicht Aufgabe der Stadtverordneten sich darum zu kümmern. Vielmehr sei es die Aufgabe der Stadtverordneten dafür zu sorgen, die Infrastruktur nachhaltig zu unterhalten. Man müsse sich in eine Lage bringen, wo man nicht nur neue Schulen hat, welche dann wieder anfangen sanierungsbedürftig zu werden. Auch zukünftig müsse man die Finanzkraft haben um diese Schulen, Feuerwehrgerätehäuser und Straßen auch wirklich zu unterhalten. Dies sei in der Vergangenheit eher schlecht als recht gemacht worden. Er findet es nicht in Ordnung, dass man immer sagt sie (die Stadtverordneten) seien für alles verantwortlich und dürften daher keine Steuern erhöhen. Seiner Meinung nach müssen die Stadtverordneten eine ganz andere Abwägung treffen, um sicherzustellen, dass man künftig die Gebäude auch vernünftig unterhalten kann. Die WAB-Fraktion wird – in Anbetracht der Realitäten - dem Haushalt zustimmen.

Stadtverordneter Bertram von der CDU-Fraktion merkt an, dass es ein Fehlschluss sei, nur, weil es dafür eine Förderung gibt, eine Stelle für Klimaanpassungsmanagement für die Stadt Ahrensburg auch sinnvoll ist. Bei einem Blick in das Klimaanpassungsgesetz werde bewusst, dass eine Stadt wie Ahrensburg mit ca. 35.000 Einwohnern für ein Klimaanpassungsmanagement zu klein sei. In Ahrensburg gäbe es keinen ausreichend fachlichen Bedarf für eine derartige Fachstelle. Dies richte sich eigentlich an Großstädte. Mit jeder Maßnahme sollte man auch zu Ergebnissen kommen und nicht nur für Beschäftigung sorgen. Er sagt weiterhin, dass die neuen Stellen Probleme lösen sollten, statt welche zu schaffen.

Er selbst sei seit 7,5 Jahren Mitglied im Finanzausschuss und findet, dass die Verwaltung mit der jetzigen Haushaltsplanung einen riesigen Schritt nach vorn gemacht habe. Angefangen mit Personalschulungsmaßnahmen, der Art und Weise wie der Haushalt aufbereitet wurde und den Vorschlägen die unterbreitet wurden und zu welchem Ergebnis dies geführt habe. Ohne all diese Schritte, hätte man nicht den Haushalt so wie dieser nun vorliegt. In Zukunft möge man versuchen weiter zu denken und Möglichkeiten, die sich bieten, auszuschöpfen.

Es folgen keine weiteren Wortbeiträge. Bürgervorsteher Stukenberg verliert

die Anträge und lässt darüber abstimmen.

Danach verliest Bürgervorsteher Stukenberg den Beschlussvorschlag der Vorlage 2024/105/1 über den anschließend inkl. der abgestimmten Anträge abgestimmt wird.

Vor der Beschlussfassung über den Haushalt lässt Bürgervorsteher Stukenberg über die Anträge dazu (siehe 11.1, 11.2. und 11.3.) abstimmen.

Nach der erfolgten Abstimmung bedankt sich Bürgervorsteher Stukenberg bei allen für den konstruktiven Austausch.

Abstimmungsergebnis:

20	dafür
2	dagegen
2	Enthaltung(en)

11.1. Änderungsantrag Bündnis 90_Die Grünen zur Geschwindigkeitsanzeige Starweg

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bringt den Änderungsantrag AN/031/2025 zum CDU Antrag ein. Er merkt an, dass sich seine Fraktion über den Antrag der CDU-Fraktion sehr gefreut habe. Im Bau- und Planungsausschuss sei besprochen worden, dass man gerne mobile Geschwindigkeitsmessanlagen in Ahrensburg nutzen wolle. Einige der Hotspots für Geschwindigkeitsüberschreitungen seien beispielsweise der Buchenweg, Rosenweg, Spechtweg und Starweg.

Nach Rücksprache mit der Verwaltung und dem Bauhof gäbe es eine mobile Geschwindigkeitsmessanlage in Form eines Anhängers für ca. 6.000€ oder auch mobile Anlagen, welche an Laternen angebracht werden für ca. 3.000€. Bei dieser Variante könnte man dann zwei Geschwindigkeitsmessanlagen anschaffen. Dies sei jedoch keine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beantragt daher, die 6.000€ mit einem Sperrvermerk zu versehen und im Bau- und Planungsausschuss zu beraten, für welche Anlage/n diese genutzt werden sollten.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

27	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

11.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2025

Stadtverordneter Bertram von der CDU-Fraktion bringt den Antrag AN/030/2025 ein. Er führt aus, dass es im Stadtgebiet verschiedene Hotspots (z.B. Starweg) gibt in denen sich regelmäßig nicht an die Geschwindigkeitsvorschriften gehalten wird. Dadurch würden entsprechende Risiken entstehen. In der Vergangenheit wurden bereits verschiedene Möglichkeiten geprüft, wie man die Situation an diesen Hotspots auf den richtigen Weg bekommen könne. Die zurzeit verbleibenden Möglichkeiten seien u.a. Geschwindigkeitsmessanlagen aufzustellen. Hierbei unterscheidet man zwischen stationären und mobilen Anlagen. Hierzu habe es bereits eine Beratung im Bau- und Planungsausschuss gegeben. Anschließend habe die Bauverwaltung eine Berechnung erstellt, welche ergab, dass eine mobile Anlage ca. 6.000€ und eine stationäre ca. 3000€ kosten würde.

Laut Erfahrungsberichten seien mobile Geschwindigkeitsmessanlagen effektiver, weil diese dann auch ganz oder zeitweise an anderen Hotspots eingesetzt werden könnten. Durch die Möglichkeit die Messanlage zu versetzen, würde auch die geschwindigkeitsregulierende Wirkung nicht abbauen und es würden keine Gewöhnungseffekte eintreten.

Bürgervorsteher Stukenberg verlißt den Antrag mit den beschlossenen Änderungen aus 11.1. (AN/031/2025) über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

22	dafür
5	dagegen
/	Enthaltung(en)

11.3. Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag über den anschließend abgestimmt wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Antrag wurde mit der Antragsnummer AN/034/2025 in Session angelegt.

Abstimmungsergebnis:

8	dafür
19	dagegen
/	Enthaltung(en)

12. **Monitoring Städtebauförderung** **Verfahrensstand der Gesamtmaßnahme Innenstadt/Schlossbereich im** **Programmsegment der Bund-Länder-Städtebauförderung "Lebendige** **Zentren" (Stand: Januar 2025)**

Stadtverordneter Kubczigk von der SPD-Fraktion hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass man den Verfahrensstand in drei Teile unterteilen kann. Der erste Teil sei die Vorbereitung in Einzelmaßnahmen, wo zum Beispiel das Verkehrskonzept, das Innenstadtkonzept und der B-Plan 102 für die Hamburger Straße dazuzählt. Die Vorbereitung habe insgesamt 237.000 € gekostet, wobei 2/3 von Bund und Land gezahlt wurden.

Der zweite Teil stellt die Ordnungsmaßnahmen dar. Insgesamt gab es 33 einzelne Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 45 Millionen Euro. Das Land hat 15 von den Maßnahmen als förderungswürdig mit ca. 25 Millionen Euro gekennzeichnet, wovon 2 Ordnungsmaßnahmen umgesetzt wurden (der Erwerb des alten Speichers und der Marstall Nord).

Der dritte Teil stelle die Baumaßnahmen dar. Insgesamt wurden ca. 17 Millionen Euro ausgegeben, wovon 11 Millionen Euro Fördermittel vom Bund sind und 5 Millionen Eigenmittel. Zu den Baumaßnahmen zählen zum Beispiel die Sanierung des Rathauses und des Bruno-Bröcker-Hauses.

Stadtverordneter Kubczigk von der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Stadt Ahrensburg im Zeitraum von 2015 bis 2020 insgesamt 725.000 € Verzugszinsen zahlen musste, da die Maßnahmen nicht so schnell umgesetzt werden konnten, wie das Land es sich wünscht. Für 2021 bis 2023 fehle noch die Abrechnung der Verzugszinsen, aber sie rechnen mit einer Höhe von insgesamt 875.000 €.

Das liege daran, dass die Stadt bis Oktober des Jahres Zeit habe, diese Mittel abzurufen. Daraufhin hat man 3 Monate Zeit die Maßnahmen abzurechnen. Stadtverordneter Kubczigk von der SPD-Fraktion betont, dass dies allerdings sehr unrealistisch ist, da man die Maßnahmen erst abrechnen kann, wenn man die Zusage für die Förderung habe.

Ab 2023 müssen allerdings keine Verzugszinsen mehr gezahlt werden.

Abschließend fasst Stadtverordneter Kubczigk von der SPD-Fraktion zusammen, dass dies an sich eine sehr erfreuliche Entwicklung sei.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion meldet sich für einen Wortbeitrag. Er führt aus, dass sich seine Fraktion mit dem Thema sehr ausgiebig befasst habe, da es sich um Bereiche handelt, welche ihnen sehr am Herzen liegen, aber gleichermaßen auch Sorgen bereiten.

Er bezieht sich auf den Punkt 8 der Empfehlung der Verwaltung und wie es jetzt weitergeht. Hierbei möchte er auf die weniger erfreulichen Themen eingehen.

Als erstes geht er darauf ein, dass die Verwaltung für die verbliebenen Restmittel vorschlägt, die Hamburger Straße / Rondeel neuzugestalten. Den

Vorschlag an sich, findet er gut. Problematisch sieht er die Pläne, die gesamte Innenstadt neu zu gestalten. Dabei betont er, dass er nicht von Projekten wie „Alter Markt“ und vom „Bahnhofsumfeld“ spricht. Er möchte Daraufhinweisen, dass sich viele Bürger auf die Neugestaltung verlassen haben und jetzt in der Stadtverordnetenversammlung allen bewusst sein muss, dass diese Pläne nicht mehr realistisch sind.

Des Weiteren sieht Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion die genaue Neugestaltung der Hamburger Straße als problematisch an, da man damit in einen Konflikt mit dem Bürgerentscheid käme. Diesen Konflikt zu lösen sei im Bau- und Planungsausschuss nicht gelungen.

Er fragt sich, wie genau mit dem Bürgerentscheid umgegangen werden soll und wie das dann praktisch anwendbar ist. Außerdem betont er seine erheblichen Zweifel, inwieweit das überhaupt passiert.

Er geht darauf ein, dass wenn nichts passiert, es der Plan der Verwaltung sei, den Speicher anzugehen. Dies empfindet er als problematisch, da auch hier kein genaues Konzept besteht, was genau geplant sei und man den Bürger:innen dann erklären müsse, dass aus der gesamten Neugestaltung der Innenstadt nichts wird.

Abschließend betont er, dass diese Vorlage nur eine Kenntnisnahme sei, er aber trotzdem darauf hinweisen möchte, dass es allen bewusst sein sollte, wohin die Zukunft der Städtebauförderung führen könnte.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion erklärt, dass auch er etwas überrascht über die generell positiv dargelegte Kenntnisnahme war, da eigentlich daraus hervorgeht, dass das Geld alle ist. Er hätte sich gewünscht, dass diese Informationen rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen gekommen wären.

Er erläutert, dass er Stadtverordnetem Randschau von der SPD-Fraktion zustimmt, dass die Hamburger Straße die erste Priorität sei und dass sie politisch eine Lösung für das Problem finden müssen.

Das zweite Problem, welches daraus entstehe, sei, dass viele Projekte (zum Beispiel die Sanierung der Straße und die Nebenanlagen Richtung Alter Markt und Schloss) verschoben wurden, die eigentlich mit dem Geld der Städtebauförderung bezahlt werden sollten.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion möchte einen Punkt hinzufügen über den er etwas geschockt war, gerade auch was den Kinder- und Jugendbeirat betrifft. Er habe beim Bau- und Planungsausschuss nachgefragt, was denn genau nach dem Rückbau des Parkplatzes passiert. Er selbst hat immer gedacht, dass finanzielle Mittel von der Städtebauförderung zum Ausbau des Bürgerparks zur Verfügung ständen. Allerdings wurde ihm dann erklärt, dass dafür keine Mittel zur Verfügung ständen und das wahrscheinlich nur Rasen ausgesät werde. Er findet es beschämend, dass nach 5 Jahren der Diskussion und Planung dieser Fragestellung kein Geld zur Verfügung steht.

Die Stadtverordneten nehmen den Bericht der Städtebauförderung zur Kenntnis.

13. Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO für das Jahr 2024

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU hält einen Sachvortrag. Er freut sich, dass im Jahr 2024 ungefähr 14.700€ in Form von Spenden eingegangen sind und bedankt sich herzlich bei allen Spendern.

Er ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg schließt sich dem Dank an und verliest die Kenntnisnahme.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage 2025/010 zur Kenntnis.

14. **2. Änderungsantrag zum Antrag für die Erstellung einer Grundlagenermittlung durch die Stadtwerke Ahrensburg GmbH bezüglich der zukünftigen Nutzung mitteltiefer Geothermie für eine Nahwärmeversorgung von Vorrang- und Prüfgebieten in Ahrensburg**

--- abgesetzt ---

Siehe Tagesordnungspunkt 4 „Festsetzung der Tagesordnung“.

Bürgervorsteher Stukenberg beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:20 Uhr.

gez. Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin